

P R O T O K O L L
der 415. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 27. April 2021
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Messerli Patricia
Mitglieder	Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brunner Joe, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter Urs K., Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Koelbing Martin, Künti Karin, Lanz Kristina, Lauper Reto, Legler Bettina, Lütolf Roland, Mäder Renate, Meichtry Helena, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, von Gunten Adrian, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Bärtschi Daniel, Kaspar Stein
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Heger Petra, Leiterin Hochbau + Planung, Trakt. 2-4 Pennella Patrizia, Leiterin Fachstelle für Altersfragen, Trakt. 5
Entschuldigt abwesend	GGR: Gubler Matthias
Protokoll	Schlumpf Sarah
<hr/>	
Geschäfte	10

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 23. März 2021	64
2. Sanierung Gemeindehaus; Pflichtenheft Phase Vorprojekt	64
3. Schulanlage Dorf; Sanierung Sport- und Spielplatz; Verpflichtungskredit	70
4. Schulanlage Moos; Diverser Unterhalt; Verpflichtungskredit	73
5. Bericht Fachstelle Altersfragen	75
6. Motion Racine (SP): Aufstockung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Regionalkommission	81
7. Interpellation Schmid (SP): Fürsorgepflicht der Gemeinde Muri b. Bern als Arbeitgeberin in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus	83
8. Postulat Beck (EVP), Racine (SP), Messerli (forum), Brenni (Grüne): Ja zu attraktiveren Spielplätzen in Muri-Gümligen!; Zwischenbericht	83
9. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	84
10. Neue parlamentarische Vorstösse	84

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 415. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats, den Berichterstatter der Lo-Na sowie die Gäste.

Seitens der Verwaltung ist Petra Heger, Leiterin Hochbau + Planung zu den Traktanden 2-4 sowie Patrizia Pennella, Leiterin Fachstelle für Altersfragen, zur Behandlung des Traktandums 5, anwesend.

Ihr hört es erneut von mir: Bitte denkt nach wie vor an die Abstandsvorschriften. Bei einer COVID-19 Ansteckung bitte ich Euch um umgehende Mitteilung an die Gemeindeschreiberei, damit allfällige Quarantänemassnahmen angeordnet werden können. Die Gäste wurden ebenfalls gebeten, ihre Kontaktdaten zu hinterlegen. Ihr müsst die Maske immer tragen, ausser bei Voten über das Mikrofon. Bitte reinigt nach jedem Votum das Mikrofon. Beim Herumgeben der Vorstösse muss die Maske ebenfalls getragen werden.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Auf ein Apéro nach der Sitzung muss weiterhin verzichtet werden.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 23. März 2021

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Sanierung Gemeindehaus; Pflichtenheft Phase Vorprojekt

Zur Auskunftserteilung ist für dieses und die beiden folgenden Traktanden – wie bereits erwähnt – Petra Heger, Leiterin Hochbau + Planung, anwesend.

Ich verweise auf die mit E-Mail vom 7. April 2021 versandte Einladung zum Sounding Board vom 29. April 2021, 17.00 – 19.00 Uhr, und gehe davon aus, dass alle Fraktionen ihre Vertretung gemeldet haben.

Die GPK verzichtet auf ein Votum.

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um das erste, welches wir nach der Beantwortung der Motion Strategische Planungs- und Baugeschäfte in dieser vorgestellten Partizipationsmöglichkeit vor den Grossen Gemeinderat bringen. Grundsätzlich zum Ablauf ist geplant, dass wir zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme eines solchen Pflichtenhefts parallel ein Sounding Board vorsehen. Selbstverständlich haben auch die Parteien die Möglichkeit, sich im Rahmen ihres Votums zu äussern. Detaillierte Rückmeldungen oder eine vertiefte Diskussion wären natürlich angestrebt bei diesem separaten

Termin, welcher Patricia vorhin bereits angesprochen hat, welcher diesen Donnerstag stattfindet. Da es sich um die erste Erfahrung handelt, welche man mit dem neuen Prozess macht, sind wir natürlich auch immer offen für Inputs oder Anregungen, was wir noch verbessern könnten. Was das Pflichtenheft betrifft, so muss man sich natürlich bewusst sein, dass wir uns hier noch in einem sehr frühen Stadium dieses Prozesses befinden. Es ist nicht das Ziel, und auch gar nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt über jedes Detail schon genau im Voraus Bescheid zu wissen. Vielmehr handelt es sich um eine Projektdefinition und damit auch eine erste Formulierung für die Bestellung für eine Erarbeitung von einem Vorprojekt nach SIA 112. Dafür werden wir zu einem späteren Zeitpunkt – Ihr kennt die Abläufe inzwischen sicher ein bisschen – mit einem Projektierungskredit auf Euch zukommen. Erst im weiteren Verlauf dieses Prozesses können wir natürlich auch mit genaueren Kostenvoranschlägen auf Euch zukommen. Im Pflichtenheft selber haben wir versucht, Euch schon relativ detailliert aufzuzeigen, welche Faktoren für die Erarbeitung des neuen Gemeindehauses im Vordergrund stehen. Es ist eine Gesamtanierung, und damit folgt natürlich eine energetische Verbesserung bei gleichzeitiger Optimierung des Raumbedarfs nach den künftigen organisatorischen und räumlichen Bedürfnissen der Verwaltung. Das Gemeindehaus soll ästhetisch und in seinem Charakter erhalten bleiben und gemeinsam mit der Umgebung eine grundsätzliche Aufwertung erleben. Die identitätsstiftende Funktion in dieser Gemeinde soll damit auch gestärkt werden und dem Vorplatz im Speziellen zusätzliches Leben eingehaucht werden. Ein wichtiger, weiterer Bestandteil dieses Konzepts ist die Integration des Polizeipostens Gümligen in das Gemeindehaus. Dies ist ein erklärtes Ziel des Gemeinderats, dass man sich für einen Polizeiposten in unserer Gemeinde einsetzt, und man hat jetzt hier eine gute Lösung gefunden, wie es ja auch in den Legislaturzielen dieser Vorlegislatur vorgesehen war. Bereits jetzt gehen diesem Projekt sehr vielseitige und vertiefte Abklärungen voraus. Ihr seht dies anhand dieser langen Beilagenliste. Es geht hervor, dass es gewisse Rahmenbedingungen gibt, dazu gehören zum Beispiel Dienstbarkeiten aber auch Altlasten, welche berücksichtigt werden müssen. Ganz besonders möchte ich noch auf das Kapitel 6 verweisen, welches die Voraussetzungen und Bedingungen genauer erläutert. Daraus haben wir sogenannte Muss- und Soll-Ziele abgeleitet, welche Ihr im Kapitel 7 nachlesen könnt und natürlich auch einen ungefähren Terminplan. Wir hoffen ganz fest, dass eine Inbetriebnahme im 4. Quartal 2024 möglich werden wird. Dies setzt natürlich voraus, dass wir alle Termine im politischen, gesellschaftlichen Prozess auch einhalten können. Als Beispiel davon wäre natürlich eine Kreditlehnung vor dem Volk. Damit die Stimmen der Nutzenden zu jedem Zeitpunkt in die Projektierung Eingang finden, haben wir Euch im darauffolgenden Kapitel auch noch aufgezeigt, wie genau die Aufgabenteilung funktionieren wird. Es ist vorgesehen, dass dort auch die Stimme der Verwaltung gehört wird als primäre Nutzerin dieses Hauses. Es ist auch so, dass eine begleitende ad hoc-Kommission eingesetzt wird – wie für jedes grössere Bauprojekt –, welche die Mitsprache gewährleistet. Wir danken Euch an dieser Stelle für die wohlwollende Aufnahme und natürlich auch ganz fest für die Teilnahme am Sounding Board, welche uns eine gute Grundlage gibt, damit wir auf dieser weiterarbeiten können.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Patrick Rösli (forum): Vielen Dank dem Gemeinderat sowie allen involvierten Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung für die Gelegenheit, zum Pflichtenheft zur Sanierung des Gemeindehauses Stellung nehmen zu können. Hanna Beck von der EVP und ich werden die vorgesehene Veranstaltung vom kommenden Donnerstag besuchen und für detaillierte Inputs nutzen. Heute spreche ich die wichtigsten Punkte aus unserer Sicht kurz an.

Primär möchte ich festhalten, dass sich unsere Fraktion forum / EVP ausserordentlich über die Möglichkeit freut, an diesem Projektpflichtenheft mitarbeiten und mitgestalten zu dürfen.

Ich komme zu den ausgewählten inhaltlichen Anmerkungen:

Zum Kapitel 3 Projektvision

Punkt 5 der Projektvision behandelt den "Erhalt des Gebäudecharakters aus denkmalpflegerischer Sicht". Aus unserer Sicht würden wir den gerne ersatzlos streichen. Begründung: Die Denkmalpflege ist eine Nebenbedingung für die Sanierung und gehört nicht in die Projektvision.

Zum Kapitel 5 Rahmenbedingungen

Den Punkt 5.1 Denkmalpflege würden wir abschwächen und neu an den Schluss des Kapitels 5 verschieben.

Zum Kapitel 6.1 Raumprogramm

Als ausserordentlich begrüssenswert beurteilen wir die Idee, das Raumprogramm so zu gestalten, dass ein "Guichet Unique" realisiert werden kann. Noch ist nicht abschliessend geklärt, wie die Kundinnen und Kunden empfangen und bedient werden sollen. Es fehlen auch die Anforderungen der Mitarbeitenden – also der Leistungserbringer, welche mit diesen Kunden zusammenarbeiten. Diese Anforderungen der Mitarbeitenden müssen in das Raumprogramm integriert werden, dies muss noch erarbeitet werden. Dabei sind Gemeindemitarbeitende mit Kundenkontakt in das Konzept des "Guichet Unique" einzubeziehen.

Wir sehen zwei Arten von Kundenprozessen: Es gibt einen ersten einfacheren Kundenprozess mit einfachen Kundenanliegen, bei welchen nicht Wert auf Anonymität gelegt werden müsste. Hier ist ein niederschwelliges Zutrittskonzept möglich.

Und zweitens die heikleren, persönlichen Anliegen, hier braucht es einen privaten Bereich, um diese innerhalb dieses "Guichet Unique" abwickeln zu können.

Kommen wir zu den Drittnutzern im Gemeindegebäude. Diese Idee finden wir ebenfalls ausgezeichnet. Wir würden vorschlagen, dass man neben der geplanten Einbettung der Kantonspolizei auch noch die Integration eines Postbüros prüfen würde. Wir haben Hinweise aus der Bevölkerung, dass dies ein grosses Bedürfnis ist, falls die Poststelle Muri b. Bern geschlossen werden sollte.

Zum Kapitel 6.13 Gestaltung Vorplatz / Aussenraum

Hier sehen wir eine ganz grosse Chance. Hier liegt das Pflichtenheft Gestaltung noch nicht vor. Wir würden anregen, dass man hier nicht zu lange wartet, sondern dies möglichst schnell mitentwickelt. Wir werden an der geplanten Veranstaltung am Donnerstag mehr dazu sagen.

Zum Kapitel 11 Projektorganisation

Carole hat hier ein paar Worte dazu verloren. Wir haben gesehen, dass im Projektleitungsteam im Organigramm selber Nutzer und Betreiber aufgeführt sind. Wenn man aber danach weiter hinten schaut im Text, in welchem das Projektleitungsteam beschrieben wird, auf Seite 23, fehlen aus unserer Sicht Vertreter der Nutzer und Betreiber. Diese müsste man aus meiner Sicht namentlich erwähnen, damit diese auch dort einbezogen werden. Ein Betriebsvertreter – nämlich der Hauswart – ist in der ad hoc-Kommission abgebildet. Wir würden wirklich empfehlen, dass man Betreiber und Nutzer im Projektleitungsteam integriert.

Zu den Themen Energie, Photovoltaikanlage, GEAK, Flachdach und Fassade

werden wir uns am kommenden Donnerstag im Detail äussern.
Vielen Dank für die geschätzte Aufmerksamkeit.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Auch wir danken dem Gemeinderat sehr für dieses Geschäft. Von uns aus gesehen macht es auch Sinn, dass bei einem Bauprojekt in dieser Phase die Meinungen der politischen Akteure abgeholt werden. Hier und jetzt werden die Weichen gestellt für das, was dann schlussendlich gebaut werden soll oder auch nicht. Das Gemeindehaus ist für uns die Visitenkarte einer Gemeinde. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass bei der Sanierung des Gemeindehauses die Gemeinde besonders vorbildlich vorgehen muss. Wir begrüssen es deshalb sehr, dass bei dieser Sanierung, so wie dies nun im Pflichtenheft vorgesehen ist, hohe ökologische Standards angestrebt werden. Gleichzeitig finden wir es aber auch richtig und wichtig, dass dem Denkmalschutz Rechnung getragen wird, weil die Gemeinde schliesslich auch Verantwortung trägt für das baukulturelle Erbe. Für uns stimmt die Stossrichtung, wie sie uns nun hier mit diesem Pflichtenheft vorgelegt wird. Uns ist es aber auch wichtig, dass mit der Sanierung nicht nur die Situation im Gemeindehaus, sondern auch vor dem Gemeindehaus verbessert wird. Der Vorplatz zusammen mit der Station des Trams ist heute wirklich nicht attraktiv. Wir begrüssen es deshalb, dass auch die Aufwertung dieses Vorplatzes in einem separaten Projekt angegangen werden soll. Beim Vorplatz ist es uns wichtig, dass er attraktiver und einladender wird, und auch hier stimmt die Stossrichtung des Geschäfts, wie sie geschildert wird im Vorprojekt, nämlich weniger Asphalt, mehr Biodiversität und vor dem Gemeindehaus einen Ort der Begegnung. Die reformierte Kirchgemeinde wird im Mai, wie ich gelesen habe, beim alten Pfarrhaus genau so einen Ort der Begegnung einweihen. Ein Café, ein offener Garten, wo die Leute kommen können, ein wenig verweilen. Die reformierte Kirchgemeinde macht es vor, wir finden, die Gemeinde muss nachziehen und diesen äusserst zentralen Platz in unserer Gemeinde vor dem Gemeindehaus wirklich attraktiver machen. Es fehlt nämlich in unserer Gemeinde, von uns aus gesehen, an solchen attraktiven öffentlichen Plätzen, wo man einfach ein wenig sein, Leuten begegnen und eine gute Zeit draussen haben kann. Solche Orte geben einer Gemeinde schliesslich auch das Gesicht und sind identitätsstiftend. Einen solchen Ort braucht es von uns aus gesehen vor dem Gemeindehaus. Dafür braucht es natürlich Platz, aber auch diesen haben wir. Von uns aus gesehen hat es nämlich im Moment genügend Parkplätze vor dem Gemeindehaus. Mit dem Wegzug der Post werden unter dem Gemeindehaus Parkplätze frei, und auch in der unmittelbaren Umgebung hat es genügend Kurzzeitparkplätze, welche für die Gemeindeverwaltung genutzt werden können. Also, schaffen wir Platz, um einen attraktiven Platz vor dem Gemeindehaus zu machen. Zum weiteren Prozess: Wir Grünen haben kein Bedürfnis für ein zusätzliches Sounding Board. Es ist okay, wenn dies nun beim ersten Mal so durchgeführt wird, doch wir finden es grundsätzlich gut, wenn die politischen Diskussionen hier im Parlament geführt werden. Wir brauchen nicht noch einen separaten Anlass in Zukunft. Die Diskussion finden wir aber wichtig und sehr zielführend, wir schätzen, dass wir hier Einfluss nehmen können. In diesem Sinne freuen wir uns auf die weitere Planung des Gemeindehauses für ein zukunftsfähiges Muri-Gümligen.

Joe Brunner (SP): Das Gemeindehaus muss technisch und energetisch saniert werden. Laut Pflichtenheft Phase Vorprojekt wird in allen Bereichen ein sehr hoher Qualitätsanspruch verfolgt. Diesen Anspruch unterstützen wir von der SP vollumfänglich und akzeptieren in der Konsequenz die daraus entstehenden Kosten. Bei Gesamtkosten von 14 Mio. stellt sich unmittelbar die Frage, ob ein Neubau nicht die bessere Option wäre. In der Version des GR steht dazu auf S. 5: "Am heutigen Standort wurden die Optionen Sanierung und Erweiterung vs. Ersatzneubau evaluiert, wobei gegen letztere Option entschieden wurde." Wenn dann mal der Kredit für die Sanierung zur Abstimmung kommt, sollte in den

Abstimmungsunterlagen gesagt werden, warum ein Neubau nicht in Frage kommt und was die geschätzten Kosten dafür wären. Dies schafft Transparenz, die jetzt nicht gegeben ist.

Eine Photovoltaik-Anlage ist noch nicht gesichert. Wir setzen uns voll dafür ein. Als besonders bürgerfreundliche und gastfreundliche Gemeinde ist es angebracht, im Raum Gemeindehaus, Vorplatz, Bahnhofli auch eine WC-Anlage zu erstellen. Sie soll rund um die Uhr der Öffentlichkeit zugänglich und vandalenresistent sein. Dabei sollte man sich eher nicht an der entsprechenden Anlage im Bahnhof Gümligen orientieren.

Vom Antrag des GR nehmen wir zustimmend Kenntnis.

Reto Lauper (SVP): Unsere Fraktion hat das vorliegende Pflichtenheft auch diskutiert und nimmt wohlwollend davon Kenntnis. Trotzdem möchte ich noch auf zwei Themen eingehen. Das eine ist die Drittnutzung des Gebäudes als Polizeiposten. Naturgemäss unterstützen wir natürlich eine solche Drittnutzung durch die Polizei vollumfänglich und können damit proaktiv den hiesigen Polizeiposten stützen und auch auf lange Sicht hier bei uns in der Gemeinde halten. Das neue Gebäude der Gemeindeverwaltung ist auch aufgrund seiner zentralen Lage ideal gelegen, um den Polizeiposten eröffnen und betreiben zu können. Es sind auch Synergien, welche sicherlich ausgeschöpft werden können, wenn eine Gemeindeverwaltung im gleichen Gebäude, wahrscheinlich mit separaten Zu- und Ausgängen, aber doch in der Nähe des Polizeipostens ist. Je mehr ich darüber nachdenke, umso mehr Synergien sind mir in den Sinn gekommen. Proaktives Vorgehen zur Stärkung des hiesigen Polizeipostens und gleichzeitig Synergien nutzen, das tönt doch gut. Der zweite Punkt ist die Denkmalschutzstufe erhaltenswert im Zusammenhang mit dieser PV-Anlage. Bekanntlich bin auch ich persönlich ein bekennender Befürworter einer dezentralen Stromgewinnung, vor allem wenn wir dazu die Kraft der Sonne nutzen können. Ein unbedingtes Aufdrängen einer möglichst grossen und gross dimensionierten PV-Anlage an diesem Gebäude ist aber glaube ich eher kritisch zu betrachten. Es stellt sich nämlich eher die Frage, wie weit oder wie fest soll überhaupt probiert werden, die denkmalschützerischen Werte für diesen Neubau aufzuweichen? Wie weit soll die Gemeinde gehen, um die Erhaltenswert-Stufe dieses Gebäudekörpers möglichst zu Gunsten einer grösstmöglichen PV-Anlage zu dehnen und auszureizen? Unsere Gemeinde scheint bei diesem Bau im Spannungsfeld nicht nur beim Thema Umweltschutz ein strahlendes Vorbild zu sein, sondern auch im Bauverfahren generell als Musterknabe oder Mustermädchen dazustehen. Die Gemeinde verlangt jeweils ja auch von allen Drittpersonen oder privaten Baugesuchsteller*innen, dass man sich an die geltenden und gegebenen Vorgaben halten soll. Es gibt so viele andere Punkte, in welchen dieses Projekt genügen soll. Der Anschluss an den Wärmeverbund oder sogar der Betrieb einer eigenen Zentrale hierfür, Biodiversität für die Umgebung, Nachhaltigkeit und die Ethik beim Bau, Kulturgutschutz, moderne, umweltverträgliche Aussenbeleuchtung, Einhalten von Minergie-Standards usw. Ich habe das Gefühl – auch gerade nach der Rede, welche Carole gehalten hat, in der Eröffnungsansprache –, dieses Projekt ist sehr gut aufgegleist. Wir dürfen von Anfang an mitreden, wir dürfen partizipieren, ob man nun an dieses Sounding Board am Donnerstag geht oder nicht, dies kann jeder selber entscheiden, aber es ist ein gutes Projekt. Ich habe ein gutes Gefühl dabei und danke allen Beteiligten für diesen ersten Schritt.

Raphael Weibel (FDP): Eigentlich gibt es heute nichts zu sagen. Der Rat nimmt heute Kenntnis von einem Pflichtenheft, und da ist es eigentlich üblich, dass man eben nichts sagt bei einer Kenntnisnahme. Keine Regel ohne Ausnahme und abgesehen davon, als Politiker weiss man ja immer etwas zu sagen. Heute sind wir eine Art ein "Amuse-Bouche" für das Sounding Board vom Donnerstag, und dies ist doch immer Musik in unseren Ohren. Sounding Board tönt gut, ganz nach

Wunschkonzert. Das Parlament sagt normalerweise ja oder nein, aber heute Abend können wir so ein wenig nach dem guten Metzgereiverkäufer – "Darf's äs Bitzeli meh si" – vielleicht noch ein paar Punkte zu diesem Pflichtenheft beitragen. Es hat schon eine beachtliche Länge, und heute Abend haben wir gehört – vom Polizeiposten über das vandalensichere 24h-WC, das Postbüro, bis hin zum biodiversen Begegnungsort –, man möchte noch alles Mögliche mit dem Gemeindehaus machen. Für die FDP-Fraktion sind folgende Überlegungen wichtig: Wir sind überzeugt, dass das Gemeindehaus, so wie es heute ist, einen Sanierungsbedarf hat. Bauteile und Einrichtungen, welche am Ende ihrer Lebensdauer, ihrer technischen Lebensdauer sind, müssen rechtzeitig ersetzt werden. Nach 50 Jahren ist heute eine Gesamtsanierung vernünftig. Dass dabei die geltenden Vorschriften zum Beispiel im Bereich Energie, Brandschutz etc. zu beachten sind, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, dass sich ändernde Bedürfnisse der Benutzer – Benutzer sind Mitarbeitende sowie Besucher – für die kommenden 25 bis 50 Jahre, soweit man dies überhaupt überblicken kann, aufgenommen werden müssen und in passender Weise berücksichtigt werden. Stichworte dazu sind – wie könnte es auch anders sein – Homeoffice für Mitarbeitende und Digitalisierung von Dienstleistungen in der Gemeinde. Bürger*innen werden in Zukunft wahrscheinlich noch viel seltener persönlich am Schalter vorsprechen müssen. Dies hat alles grossen Einfluss auf das Raumprogramm, auf die Erschliessung und Gebäudetechnik. "Darf's äs Bitzeli meh si" freut ganz sicher noch jeden Metzger, und die Diätanbieter für das Abnehmen später auch. Wer die Raumbedürfnisse aus der Einzelperspektive, also von einem/einer Verwaltungsmitarbeiter*in oder von einer Verwaltungsabteilung zusammenträgt, oder von Einzelinteressen, wie wir Parlamentarier hier, reibt sich danach am Schluss bald einmal die Augen vor Staunen. Die heute geschätzten Gesamtkosten von 14 Mio. plus – vielleicht könnte es auch minus sein – 10%, wie es im Bericht heisst – ohne Bauteuerung, welche man sowieso haben wird in ein paar Jahren –, haben uns auf jeden Fall leer schlucken lassen. Leer schlucken lassen, weil wir ja wissen, es ist nicht ein Neubau, sondern eine zeitgemässe Renovation von einem heute funktionierenden und immer noch ansehnlichen Gebäude. Bauherren – die, welche es schon einmal gewesen sind – wissen es, wohlüberlegtes Weglassen von bloss Wünschbarem ist nicht nur ein Zeichen von Bescheidenheit, sondern finanziell zwingend und auch aus der Sicht eines ökologischen Fussabdruckes richtig. Ein Gemeindehaus ist nämlich kein Tempel, wo man einer Religion huldigt. Zu einer Religion zähle ich auch übertriebene Standards und Labels, Zertifizierungen etc., welche man bei einem Neubau vielleicht durchaus vertreten kann, aber bei einer Renovation vielleicht den Bogen überspannen. Ein Gemeindehaus ist auch kein Schloss, es ist aus unserer Sicht auch nicht primär Begegnungsort oder Kinderspielplatz. Es dient dem Schaffen. Ein Gemeindehaus ist in erster Linie ein Bürogebäude. Die vor Ort anwesenden Mitarbeitenden müssen eine passende Infrastruktur vorfinden, welche ihnen ein effizientes Schaffen ermöglicht und gleichzeitig wollen wir die Gemeindekasse mit Auslagen in Eigenregie nicht unnötig belasten. Die Gesamtkosten von 14 Mio., dazu müsste man ja den heutigen Wert der unrenovierten Liegenschaft rechnen, ergeben allein eine kalkulatorische Miete von ca. CHF 800'000.-- pro Jahr. Dies fehlt an einem anderen Ort, wenn man einfach grosszügig ausgibt. Ein stolzer Betrag, welcher aus unserer Sicht, wenn man es noch mit dem Benchmark für Kosten pro Arbeitsplatz der Verwaltung beim Bund, beim Kanton, aber auch in der Privatwirtschaft bei Gewerbe und Industrie vergleicht, über diesem Benchmark liegt. "Darf's äs Bitzeli meh si" ist heute nicht oder nicht mehr zeitgemäss, Bescheidenheit ist eine gewisse Tugend, ganz besonders beim Bauen. Der Gemeinderat ist eingeladen, dies bei den weiteren Arbeiten im Vorprojekt zu beherzigen. Die Auflistung des absoluten Muss ist die Basis, dies ist korrekt, dies ist auch im Bericht so aufgenommen, und, Ihr erratet es, alles andere ist eben Beilage. Achtet gut darauf, dass man nicht übertriebene Standards zugrunde legt. Das Gemeindehaus wird renoviert und eben

nicht neu gebaut. Dass man den Blick für das Machbare und das Vernünftige behält, und dass man das Geld unserer Steuerzahler*innen dabei im Auge behält. Liegen die Kosten zu hoch, so droht am Schluss der Schiffbruch. In Schönheit sterben, dient gewiss den beteiligten Planern, aber meistens hinterlässt es einen Scherbenhaufen, und wir in Muri wissen dies ganz besonders, gerade aus jüngster Vergangenheit, dass man zu hoch hinaus planen kann. Eigentlich hat es ja nichts zu sagen gegeben zu diesem Traktandum, aber gesagt wurde es nun trotzdem.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Carole Klopstein (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Pflichtenheft Vorprojekt Kenntnis genommen.

3. Schulanlage Dorf; Sanierung Sport- und Spielplatz; Verpflichtungskredit

Für die GPK spricht Daniel Arn: Das Traktandum 3 wurde uns in der GPK von Carole Klopstein und Petra Heger vorgestellt. Es wurde gesagt, dass es eigentlich ein kleines Projekt ist, es ist nicht eine grosse Geschichte, es ist fast nur ein bisschen Unterhalt. Uns wurde aufgezeigt, dass die Sanierung des Sport- und Spielplatzes eine Notwendigkeit ist, da die Bäume dort den Platz kaputt machen, und viele Spielgeräte sind in einem schlechten Zustand, die ganz schlimmen sind bereits demontiert worden. Man wird auch ein Auge auf die Ökologie und Biodiversität haben, wenn es frisch gemacht wird. Auf unsere Nachfrage hin, ob eine Gefahr besteht auf diesem Spielplatz, wurde dies verneint, da bereits die gefährlichen Sachen weggenommen wurden. Von daher können wir dem nichts mehr beifügen und können seitens der GPK mitteilen, dass wir hier einstimmig für diesen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 377'000.00 sind.

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Beim vorliegenden Projekt geht es um eine Sanierung des Sport- und Spielplatzes des Schulhauses Dorf. Dies heisst, am Schulhaus selber werden keine baulichen Massnahmen getroffen. Die Umgestaltung des Aussenraumes wird hier aber auch gleichzeitig genutzt, um nach der vielseitig angebrachten Kritik rund um Muri-Gümliger Spielplätze hier einmal eine neue Form eines Spielplatzes unter die Leute zu bringen. Es handelt sich dabei um einen zusammenhängenden, kreativen und fordernden Abenteuerplatz. Wir haben leider im Vorgang zur Sitzung festgestellt, dass es eine unglückliche Formulierung in der Botschaft hat und zwar steht dort: "Die bestehenden Spielgeräte werden abgebrochen und entsorgt." Dies bezieht sich selbstverständlich nur auf defekte Geräte, bei welchen es sich nicht mehr lohnt, sie zu reparieren. Es ist natürlich nicht in unserem Sinne und auch finanziell und ökologisch unsinnig, funktionierende Geräte zu entsorgen. Wir haben hier aber eine gewisse Problematik, dass die jetzigen Geräte in sich einzelne, abgeschlossene Einheiten bilden, und dies widerspricht natürlich dem Anspruch eines zusammenhängenden Abenteuerplatzes. Es ist darum schwierig, die bestehenden Geräte in den jetzigen Platz miteinzubeziehen. Dies heisst nicht, dass wir dies nicht versuchen werden, aber wir würden auf jeden Fall, falls dies nicht gemacht werden kann, im weiteren Verfahren prüfen, ob sich diese Geräte allenfalls an einem anderen Ort einsetzen lassen. In diesem Sinne wird der Ersatz genau geprüft und Rücksprache genommen mit anderen Nutzer*innen in der Gemeinde, ob diese allenfalls umgesiedelt werden können. Wir werden dies natürlich auch noch im Rahmen der ad hoc-Kommission "Spielplätze" begleiten und dort informieren. Ihr bleibt in diesem Rahmen auch weiterhin auf dem Laufenden und werdet auch die Resultate sehen,

welche dort kommen werden. Den Sportplatz und ganz allgemein die Umgebung betreffend, sind wir sehr ausführlich darauf eingegangen. Es ist uns wirklich ein Anliegen, dass auch gemäss dem Landschaftsrichtplan besondere Rücksicht auf die Naturausgestaltung genommen wird und in diesem Sinne auch die Bäume schützt, welche seit Jahren auf diesem Platz stehen. Ich möchte noch speziell erwähnen, im Vorfeld wurde von der GPK angefragt, wie denn genau die Kostenaufschlüsselung ist. Wir sind noch einmal über die Bücher, und es ist so, dass gemäss Auskunft von diesen CHF 377'000.00, welche wir Euch heute beantragen, rund CHF 117'000.00 dem Spielplatz zugewiesen werden können und weitere CHF 260'000.00 dem Sportplatz. Ihr seht, der Sportplatz nimmt den deutlich grösseren Teil ein dieses Geldes. Es sind auch dort die grösseren baulichen Massnahmen notwendig, da es sich um festere Konstruktionen handelt. Mit diesen Ausführungen möchte ich eigentlich zum Schluss kommen. Der Gemeinderat beantragt für die Ausführung der Sanierung einen Kredit von CHF 377'000.00, und ich möchte noch darauf hinweisen, dass im Investitionsplan bereits ein Betrag über CHF 323'000.00 eingestellt worden ist. Wir haben auch hier wie immer den Fluch der ersten Zahl, dass wir leicht höher sind. Wir danken Euch trotzdem für die wohlwollende Prüfung in dieser Sache.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Raphael Racine (SP): Ich kenne diesen Spiel- und Sportplatz sehr gut, dies ist in der Nähe, wo ich selber auch wohne. Trotz Sicherheitsmängel gehe ich dort gerne mit meinen Kindern spielen. Die SP-Fraktion stimmt diesem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Die Sanierung ist ja unbedingt notwendig. Es bestehen sowohl auf dem Sport- als auch auf dem Spielplatz klare Sicherheitsmängel, und die Gemeinde könnte im dümmsten Fall auch haftbar gemacht werden. Deshalb ist klar, es muss saniert werden. Die skizzierte Spielplatzsanierung überzeugt, endlich wird mehr Gewicht auf die Spielplätze gelegt. Gewicht gelegt auf ein attraktives und spannendes Spielangebot, welches auch noch ökologische Aspekte berücksichtigt. Weiter finden wir es gut, dass beim Spielplatzprojekt die ad hoc-Kommission auch noch mit einbezogen wird, und dass danach die Inputs dieser Kommission in der weiteren Projektierung einfließen werden. Besten Dank.

Ronald Buff (FDP): Für die FDP ist die Bildung ein Hauptthema, dazu gehört auch die nötige Infrastruktur. Das Schulhaus Dorf, insbesondere der Aussenbereich, ist in die Jahre gekommen, weist diverse Sicherheitsmängel auf, und erfüllt auch die heutigen Anforderungen an die Sicherheit nicht mehr. Ebenfalls hat der Wurzelwuchs der Bäume die Flächen und das Abwassersystem beschädigt. Es ist gut, dass die Sicherheitsmängel behoben werden, und dass die Aussenanlage an die heutigen Sicherheitsanforderungen angepasst wird. Ob diese Anforderungen berechtigt sind, oder zu weit greifen, muss hier nicht diskutiert werden. So genannte Hygienekinder, äusserst ängstliche oder verhätschelte Kinder, möchten wir jedoch sicher nicht fördern. Die Bäume sind etwas sehr Schönes und wichtig für unser Klima. Wir befürworten, dass die Bäume beim Schulhaus Dorf bleiben dürfen, und dafür die nötigen Bodenflächen vor Wurzeleinwuchs geschützt und das Abwassersystem saniert wird. Das Sanierungskonzept erscheint uns ausgereift. Der Bodenbelag wurde durchdacht, und die dazu nötigen Sickerflächen verifiziert, ebenfalls wird an eine ausgewogene Bepflanzung gedacht. Beim Spielplatz hoffen wir auf einen attraktiven Platz mit vielen Bewegungsmöglichkeiten für die Kinder und sind gespannt, wie das erste

Projekt mit der neuen ad hoc-Kommission für Spielplätze daherkommen wird. Wir freuen uns bereits heute auf die neue Aussenanlage des Schulhauses Dorf und hoffen, dass in der Zwischenzeit keine Folgeschäden oder Verletzungen auftreten, welche Haftungsfragen aufwerfen oder allenfalls Regressansprüche generieren. Die FDP ist für die Sanierung des Sport- und Spielplatzes der Schulanlage Dorf und wird diesen Verpflichtungskredit bewilligen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Barbara Gantner (forum): Nach einem Augenschein vor Ort können wir den schlechten Zustand des Sportplatzes beim Schulhaus Dorf bestätigen. Wir anerkennen den Sanierungsbedarf des Sportplatzes. Hingegen stellen wir den Ersatz der Spielgeräte auf dem Spielplatz in Frage. Diese sind zwar nach heutigem Massstab keine Eyecatcher mehr, aber die Anlagen scheinen doch – zumindest von aussen – noch in einem Zustand zu sein, so dass man sie noch ein paar Jahre weiterbrauchen könnte. Einige der Spielgeräte wurden von Privatpersonen gesponsert, als die Gemeinde selbst die Mittel dazu nicht hatte. Jetzt ist sie zumindest moralisch verpflichtet, mit diesen Anlagen sorgsam umzugehen. Der Gemeinderat beantragt für die Sanierung einen Verpflichtungskredit über CHF 377'000.00. Dieser basiert auf einem Vorprojekt mit Kostenschätzung. Die Kostenschätzung scheint uns plausibel. Obwohl wir über den Ersatz der Spielgeräte nicht glücklich sind, unterstützt das forum den Antrag des Gemeinderats. Dies auch, weil die Spielgeräte nur einen kleinen Teil der Kostenschätzung ausmachen. Für die Detailplanung haben wir aber noch ein paar Anliegen:

Wie bereits erwähnt worden ist, ist es uns wichtig, dass die Spielplatzkommission in diese Detailprojektierung miteinbezogen wird. In der Detailprojektierung ist der Abbruch und Ersatz der Spielgeräte auch in Abwägung zur Sanierung von anderen Spielplätzen erneut zu prüfen. Beispielsweise hat es gerade beim Kindergarten oberhalb des Schulhauses einen Spielplatz, welcher deutlich schlechter "zwäg" ist. Dem forum ist es ein Anliegen, dass, im Sinne der Nachhaltigkeit und dem sorgsamem Umgang mit Rohstoffen, Anlagen wenn möglich aufbereitet und nicht einfach entsorgt werden.

Bei der weiteren Projektierung muss unbedingt darauf geachtet werden, dass die Anlage langlebig ist. Es darf nicht sein, dass diese bereits in einem Jahrzehnt wieder einer umfassenden Sanierung unterzogen werden muss.

Zum Schluss noch "e Lehrblätz" für all die laufenden Planungen: Um lange Freude an den Anlagen der Gemeinde zu haben, müssen Baumbestand, Baumartenwahl bei Neupflanzungen und bestehende wie neue Infrastruktur besser aufeinander abgestimmt werden, dass solche Schäden, wie wir sie heute an diesem Sportplatz sehen, durch die Wurzeln künftig nicht mehr passieren. Danke für die Aufmerksamkeit.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Daniel Arn (GPK) noch von Carole Klopstein (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Für die Sanierung des Sport- und Spielplatzes der Schulanlage Dorf wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 377'000.00 inkl. Reserven (5%) und MWST bewilligt.

4. **Schulanlage Moos; Diverser Unterhalt; Verpflichtungskredit**

Für die GPK spricht Urs K. Grütter: Wir haben in der GPK dieses Geschäft angeschaut. Man nimmt natürlich immer mit einem gewissen Stirnrunzeln Kenntnis von so grossen Kosten, aber, wenn man solche Häuser hat, muss man diese halt unterhalten. Wir haben uns nun eigentlich überzeugt, dass das Vorgesehene dem Unterhalt, der Werterhaltung und der Lebensdauererlängerung dieser Liegenschaft durchaus dient. Wir finden es auch sinnvoll, wenn man diese Sachen, welche hier beantragt werden, vornimmt, damit man nachher wieder etwa 10 Jahre Ruhe hat. Die GPK empfiehlt Euch, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Wir haben uns ein wenig an gewissen Formulierungen gestört, aber dies soll dem Inhalt des Geschäfts nicht Abbruch tun. Es wäre vielleicht gut, wenn man manchmal ein bisschen die uralte, mittlerweile nicht mehr sehr moderne, Journalismus-Regel beherzigen würde, dass man Adjektive nach Möglichkeit vermeiden soll. Es beeinträchtigt manchmal den Anschein der Objektivität, wenn Dringlichkeiten und grosse Sicherheitsmängel und solche Sachen im Text vorkommen. Wenn man dann näher schaut, ja natürlich, eine 30jährige Verteilanlage entspricht wahrscheinlich nicht mehr überall den Vorschriften – aber es hat noch nie ein Kind getötet – und dies bringt man jetzt in Ordnung. Dies ist eigentlich ein Nebengeräusch gewesen in der Botschaft, und lasst Euch nicht von diesem Nebengeräusch von der Sache, welche wir in der GPK als vernünftig und richtig angeschaut haben, ablenken.

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopffstein: Auch von meiner Seite nur eine ganz kurze Erläuterung. Ich werde nicht lange machen, da wir eine relativ umfassende Dokumentation mitgeliefert haben, Ihr könnt alle Details dort entnehmen. Wir beantragen Euch einen Kredit von CHF 843'000.00 für diverse Unterhalts- und Instandsetzungsmassnahmen für das Schulhaus Moos. Es ist ein Paket an Massnahmen, welche grösstenteils aus Sicherheitsgründen, aber auch für die Erhaltung des baulichen Zustandes erforderlich sind. Dafür wurden auch schon im Investitionsplan Gelder zurückgestellt und zwar CHF 500'000.00. Man hatte leider zu diesem Zeitpunkt, als man diesen Investitionsplan geplant hat, noch keine genau Zustandserhebung. Auch hier ist es leider so, dass sich mehr angesammelt hat, als ganz am Anfang vorgesehen. Ziel des vorgesehenen Massnahmenpakets ist, dass wir die Sicherheitsstandards einhalten können und damit auch Haftungsproblemen vorbeugen. Gleichzeitig soll die Lebensdauer dieser Liegenschaft verlängert und an die aktuellen Bedürfnisse, zumindest im technischen Bereich, angepasst werden. Genau im technischen Bereich ist es so, dass sich eine gewisse Dringlichkeit ergibt. Zum Beispiel gibt es für bestimmte Elemente inzwischen fast keine Ersatzteile mehr. Es hat also durchaus auch einen Aspekt aus der Praxis, welcher hier mit einfließt. Kurz noch die Aufführung der Massnahmen, welche vorgesehen sind. Es geht um Umgebungsarbeiten, Gebäudehülle, Innenhof und natürlich auch um das Innere. Dazu gehört auch der grösste Posten der Sanierung, dies sind die Elektroinstallationen, welche wirklich in die Jahre gekommen sind. Bei der Umsetzung wird wie immer nach den Prinzipien der nachhaltigen Beschaffung gearbeitet, und wir versuchen auf eine ökologische und ressourcenschonende Umsetzung zu achten. Auch hier vielen Dank für die wohlwollende Prüfung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Suzanne Fankhauser (SP): Bildung stellt eines unserer Aushängeschilder unserer Gemeinde dar. Dies gilt für jede Gemeinde, welche etwas auf sich hat. Dazu gehört nicht nur der Inhalt im Schulhaus, sondern auch der ganze Gebäudepark, also auch alle Gebäude mit den umliegenden Anlagen. Wir brauchen sichere Schulhäuser inkl. den Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen vor und um die Schulhäuser. Hier besteht in unserer Gemeinde, dies wurde bereits 2019 bei der EKAS-Begehung festgestellt, unbestritten ein hoher Sanierungsbedarf. Diesem gilt es jetzt nun einmal zu begegnen. Ein Beispiel: Die Kletterstangen, wie man heute weiss, sind sicher nicht mehr dafür gedacht, auf einem Schulareal zu stehen. Warum? Sicherheitsrisiko! Es gilt deshalb auch, vorausschauend zu handeln, und das Wohl und die Sicherheit der Kinder in das Zentrum zu stellen. Deshalb auch hier nicht "schmürzele", finden wir. Sonst taucht ja immer wieder das gleiche Problem auf, und alle Schwierigkeiten mit den Gebäulichkeiten werden uns wieder einholen, und wir haben ständig das gleiche Traktandum. Darum ist von einer Budgetentlastung in der nächsten Zeit keine Spur, und dies möchten wir vermeiden. Die SP-Fraktion ist deshalb klar der Meinung, sichere und schadstofffreie Schulräumlichkeiten und Anlagen gehören zuoberst auf unsere To-do-Liste. Kostet es nun mal, was es kostet. Die Gesundheit und Sicherheit unserer Kinder müssen uns dies wert sein. Sie sind schliesslich unsere Zukunft. Wir von der SP-Fraktion stimmen deshalb dem Antrag des Gemeinderats klar und aus Überzeugung und natürlich dem Verpflichtungskredit von CHF 843'000.00 zu.

Simon Eugster (FDP): Die FDP-Fraktion ist der Meinung, der beantragte Verpflichtungskredit für diversen Unterhalt an der Schulanlage Moos sei vorbehaltlos zu genehmigen.

Wir stellen fest, dass die geplanten Massnahmen erstens den dringend notwendigen und zweitens den wünschbaren Sanierungsbedarf abdecken, so wie er mir und der Schulkommission bei Begehungen vor Ort auch gezeigt wurde.

Als Eigentümerin der Liegenschaft muss die Gemeinde Muri selbstverständlich deren Substanz erhalten und die Verschärfung der Sicherheitsnormen nachvollziehen. Daraus ergibt sich der dringend notwendige Sanierungsbedarf, der in der Vorlage unter "Sofortmassnahmen" subsumiert ist, und welcher für die FDP-Fraktion ausser Diskussion steht.

Unserer Jugend und den Lehrpersonen soll auch ein gewisser Komfort geboten werden. Daraus ergibt sich der wünschbare Sanierungsbedarf, welcher in der Vorlage unter "Optionen" subsumiert ist, und den die FDP-Fraktion auch nachvollziehen kann.

Wir begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat mit den geplanten Unterhaltsmassnahmen den Eigentümerpflichten der Gemeinde nachkommt und dabei keinen Firlefanz eingebaut hat. Egal, was mit dem Schulhaus Moos in den nächsten zwanzig Jahren noch passieren wird, in den nächsten Jahren werden wir dort auf jeden Fall noch ein dichtes Dach, ausreichende Beleuchtung und sichere Gebäudeinstallationen benötigen.

Daher laden wir Euch alle dazu ein, den beantragten Verpflichtungskredit ohne Wenn und Aber zu genehmigen.

Walter Thut (forum): Wenn man den Antrag des Gemeinderats liest, erhält man den Eindruck, wir hätten das Schulhaus wohl gar etwas lange vernachlässigt. Es ist die Rede von defekten sicherheitsrelevanten Bauteilen und von Sofortmassnahmen für die ganze Anlage. Man sehnt bereits den Sommer 2022 herbei, während dem die Arbeiten ausgeführt werden sollen und hofft, dass bis dahin nichts Gravierendes passiert. Abgesehen davon, dass wir ein sicheres Schulhaus wollen, soll es auch optisch ansprechend sein. Wir wollen ja auch gepflegten Lehrpersonen einen attraktiven Arbeitsplatz bieten und als Gemeinde nicht in den Ruf geraten, wir

würden unsere Jugend geringschätzen. Aber 7/8 der Kosten betreffen die Sofortmassnahmen und nur 1/8 die Ästhetik, dies ist gut vertretbar. Wir sagen als Fraktion vorbehaltlos ja zur Vorlage, geben dem Schulhaus eine weitere halbe Generation Gebrauchsfähigkeit und träumen noch etwas länger vom Campus. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Urs K. Grütter (GPK) noch von Carole Klopstein (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Für den diversen Unterhalt (bauliche Sofortmassnahmen inkl. Optionen) in der Schulanlage Moos wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 843'000.00 inkl. Reserven (10%) und MWST bewilligt.

5. Bericht Fachstelle für Altersfragen

Zur Auskunftserteilung ist für dieses Traktandum – wie bereits erwähnt – Patrizia Pennella, Leiterin Fachstelle für Altersfragen, anwesend.

Die Anhänge 1-3 wurden nachträglich per Mail zugestellt.

Für die GPK spricht Raphael Racine: Der GPK ist an ihrer Sitzung vom 21. April 2021 der Bericht der Fachstelle für Altersfragen durch den zuständigen Gemeinderat, Martin Häusermann, und durch die Leiterin Fachstelle für Altersfragen, Patrizia Pennella, vorgestellt worden. Es ist hier zu betonen, dass der vorliegende Bericht auf ausdrücklichen Wunsch des Grossen Rats [recte Grosser Gemeinderat] hin erstellt worden ist, welcher gewünscht hat, dass nach zwei Jahren ein detaillierter Rechenschaftsbericht über die Tätigkeiten der Fachstelle erstellt wird. Mit dem vorliegenden Bericht ist dem Wunsch des Grossen Gemeinderats Folge geleistet worden. Die GPK möchte sich ganz herzlich für diesen Bericht bedanken und ist beeindruckt über das Leistungsangebot der Fachstelle. Das Leistungsangebot wird offenbar rege genutzt. An den Veranstaltungen werden gemäss der Leiterin der Fachstelle durchschnittlich 30-70 Personen erreicht. In der GPK ist die Frage diskutiert worden, ob angesichts der demografischen Entwicklung der Beschäftigungsgrad von 50% der Fachstelle angemessen ist, oder ob dieser nicht erhöht werden müsste. Martin Häusermann hat der GPK darauf mitgeteilt, dass zurzeit das Altersleitbild überarbeitet wird, und dass danach, gestützt darauf, der Beschäftigungsgrad überprüft werden soll. Besten Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Der Bericht ist ausführlich und gibt Auskunft über Zweck, Ziel und Aufgaben der Fachstelle für Altersfragen. Im Anhang sind die Aktivitäten, aber auch Vernetzungstätigkeiten über die Berichtsperiode aufgeführt, und es hat im Anhang 3 auch einen Ausblick über die Projekte im Jahre 2021. In den Anhängen sind auch die Anzahl Teilnehmenden ersichtlich. Die Fachstelle für Altersfragen leistet mit der Umsetzung des Altersleitbilds einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität unserer älteren Bevölkerung, namentlich im Segment der Pensionierung bis zum Lebensende resp. zum Heimeintritt. Die drei Tätigkeitsfelder der Fachstelle für Altersfragen sind

einerseits Angebote bereitstellen, das heisst, Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Partnern auf die Beine stellen. Als Beispiel möchte ich hier das Bewegungsförderungsprogramm "Bewegte Gemeinde" erwähnen, dazu hatte es in der letzten Lo-Na einen ganzseitigen Artikel mit dem schönen Titel "Ich spüre den Mehrwert". Ein weiteres Beispiel bei diesen Angeboten ist das Seniorencafé im Bärtschihus, welches jetzt jeweils am Mittwoch stattfindet, sofern es die Corona-Situation zulässt. Ein zweites Tätigkeitsfeld ist die Koordination und Vernetzung der Institutionen in diesem Bereich. Als Beispiel möchte ich hier die Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat aufführen, welcher sich mittlerweile etabliert und erfreulich entwickelt hat. Das dritte Standbein sind Informationen, Beratungen und Vermittlungen, dies geschieht vorwiegend individuell. In der Corona-Pandemie hat die Fachstelle einen wertvollen Beitrag zu Gunsten der älteren Bevölkerung leisten können. Wir dürfen uns glücklich schätzen, über eine solche Fachstelle zu verfügen.

Die Vorsitzende: Die Frage nach dem Eintreten wird nicht gestellt, da der Grosse Gemeinderat im Rahmen der definitiven Einführung der Fachstelle im März 2018 nach zwei Jahren einen Rechenschaftsbericht verlangt hat.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): Die Fachstelle für Altersfragen wurde 2018 eingeführt. Wie Martin Häusermann, unser Gemeinderat Ressort Gesundheit und Soziales, so schön im Bericht schreibt: "Auf eindrückliche Weise stellt die Fachstelle ihr Leistungsangebot dar und verweist auf erfolgreich durchgeführte Projekte. Infolge der Corona Pandemie war die Fachstelle besonders gefordert und konnte auch in dieser Situation einen wertvollen Beitrag leisten." Wir wollen diesen Bericht nun doch etwas kritischer anschauen: Für uns aus der Fraktion ist klar, sollte jemand von uns einen Bericht über seine Arbeitsstelle schreiben und diesen seinem Vorgesetzten vorlegen müssen, so würde dieser Bericht wohl ebenfalls so ausführlich ausfallen wie der vorliegende. Was wir vermissen, sind aber klar formulierte Ziele der Fachstelle und eine Auswertung, ob diese Ziele auch erreicht wurden. Wir sehen hier vor allem, dass die Fachstelle mit einem 50% Pensum im Jahr 2020 für Beratungsgespräche 67.5 Stunden aufgewendet hat. Also im Jahr 2020 rund einen Monat. Im Jahr 2019 wurden für Beratungsgespräche rund 35.5 Stunden, also rund ein halber Monat aufgewendet. Die restliche Zeit wurde also für Marketing, Kursorganisationen und Kursdurchführungen aufgewendet, ohne diese genau zu spezifizieren. Es zeigt sich, dass die reine Beratungszeit also nicht besonders viel Zeit in Anspruch genommen hat, dies obwohl im 2020 Corona vor allem die ältere Generation betroffen hat, und die Zielgruppe eigentlich viele Fragen gehabt hätte. Die Erneuerung des Altersleitbilds der Gemeinde steht auf dem Programm. Soweit ich weiss, musste sich die ältere Generation anmelden, um an der Umfrage dafür teilnehmen zu können, was mich sehr enttäuscht. Wenn wir schon eine Fachstelle betreiben, kann diese die Umfrage direkt versenden, wobei der Rücklauf der Umfrage wohl noch besser und somit aussagekräftiger gewesen wäre. Schade ist ebenfalls, dass der Bericht nur die Kostenverteilung aufzeigt, aber nicht die Kosten, welche effektiv entstehen für die Fachstelle. Als Fazit wünschen wir uns für die Zukunft griffigere Ziele und somit auch eine genauere Information darüber, ob die Ziele erreicht wurden, und welche Ressourcen dafür aufgewendet wurden. Auch wünschen wir uns, dass genauer darüber Auskunft gegeben wird, mit welchen anderen Organisationen in welchem Bereich, warum und wie gearbeitet wurde. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Gaby Grossen (forum): Es ist der Fraktion forum / EVP ein Anliegen, die so sorgfältig erstellte "Berichterstattung 2018-2020 zur Altersarbeit" in der Gemeinde Muri-Gümligen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen – wir alle haben den Bericht in unseren Unterlagen –, sondern auch mit wenigen Worten die grosse und breit abgestützte Aufbauarbeit, die Frau Patrizia Pennella als Leiterin der "Fachstelle für Altersfragen" geleistet hat und weiterhin leistet, zu würdigen.

Vergegenwärtigen wir uns 3 Dinge:

1. Demografische Entwicklung Muri-Gümligen: 27% der Muriger Bevölkerung sind über 65jährig (genauere Zahlen im Bericht, S. 19f) – das ist im Schweizer Quervergleich überdurchschnittlich hoch. Da ist ein Bedarf für diese Altersstelle.
2. Nach einer 3jährigen Pilotphase, damals vor 2 Jahren, entschied der GGR, per 01. August 2018 die Fachstelle definitiv zu errichten; organisatorisch arbeitet die Fachstelle für Altersfragen mit der "Alenia" zusammen.
3. Zielgruppe sind primär Personen über 65 bis zu einem allfälligen Eintritt in eine Alters- oder Pflegeinstitution.

Es wurde vieles bereits gesagt, ich möchte nur einige wenige Blitzlichter kurz erwähnen:

Es gibt zwei Informationsveranstaltungen pro Jahr

- Bspw. «Demenzschulung für pflegende Angehörige»
Vor rund 10 Jahren wäre ich als pflegende Angehörige sehr froh um entsprechende Inputs gewesen – umso schöner, dass dies heute in unserer Gemeinde institutionalisiert ist.

Es gibt kontinuierliche Angebote:

- "Bewegte Gemeinde", nachzulesen in der Lo-Na, wir haben es vorhin bereits gehört.
- "Seniorencafé", als wöchentlichen Begegnungsort.

Und dann, dies finde ich eine besonders gute Sache

- Der "Seniorenrat", welcher sich als Gremium von Freiwilligenarbeit mitintegriert, hier findet also wirklich eine Integration statt.

Dass Corona nicht nur unsere, sondern auch die Arbeit der Fachstelle für Altersfragen erschwert hat, ist uns bewusst. Umso besser und umso schöner, dass die betagten und hochbetagten Menschen in der Gemeinde Unterstützung gefunden haben.

Fazit: Es läuft viel und breit abgestützt in der "Fachstelle für Altersfragen", welche ja erst jetzt aufgebaut worden ist, umso grösser der Dank aus der Fraktion forum / EVP an Frau Pennella. Ich denke, wir alle sind gespannt auf das im Sommer 21 vorliegende und überarbeitete Altersleitbild.

Hilmi Gashi (Grüne): Herzlichen Dank für diesen eindrücklichen Bericht, welchen wir erhalten haben für die Altersarbeit in unserer Gemeinde. Die im Bericht geschilderten Aktivitäten, Projekte, aber auch Herausforderungen verdienen unseren Respekt und Anerkennung. Es ist sehr wahrscheinlich auch eine Aufgabe, welche Verbesserungspotenzial hat, aber der Bericht hat mich total beeindruckt. Ich finde auch sehr spannend die Fragen, welche Ihr aufwerft, die Herausforderungen, welche Ihr für die Zukunft seht.

Wir möchten aus der Sicht der Grünen noch ein paar Punkte erwähnen, welche aus unserer Sicht wichtig sind, wenn wir die ganze Alterspolitik und das ganze Altersleitbild weiterentwickeln möchten.

Wir haben es bereits gehört, 27% unserer Bewohner*innen sind über 65 Jahre alt. Deshalb sollte diese Aufgabe die Wichtigkeit erhalten, welche sie verdient.

Beim Lesen des Berichts habe ich nachgeschaut, was eigentlich die Forschung zu der ganzen Altersproblematik sagt. Ich habe gemerkt, dass wir hier wahrscheinlich ein wenig genauer hinschauen sollten, was dies für Muri bedeutet. In der Altersforschung werden in der gesellschaftlichen Veränderung verschiedenen Punkte erwähnt, welche für uns Herausforderungen darstellen. Die hohe Lebenserwartung, dies hat meine Vorrednerin bereits gesagt, die unterschiedlichen Altersphasen und der

ganze Generationenwandel. Dies ist auch etwas, was im Bericht angetönt wird, aber nicht detailliert wird. Es wurde bereits gesagt, dass die Lebenserwartung steigt, statistisch leben wir alle länger, und dies bedeutet auch für die Gesellschaft, dass es Auswirkungen auf verschiedene Felder hat, auf welche im Bericht eingegangen worden sind.

Hingegen was fehlt, sind die verschiedenen Phasen des Alters, wie sie in der Forschung definiert werden. Die Forschung sagt, dass es 4 Phasen gibt, bzw. 4 Kategorien von Menschen, welche in einem Altersleitbild berücksichtigt werden müssten:

- Dies sind die Menschen im Erwachsenenalter zwischen 50-65, da wäre ich eigentlich schon dabei. Hier geht es vor allem um die Fragen nach Sicherung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, Sicherung, dass Erfahrung und Kompetenz im Alter nicht verloren geht in einer Gemeinde, und dass wir diese Menschen nicht nur als Kostenfaktor anschauen, sondern als Bereicherung einer Gemeinde.
- Danach das aktive Rentenalter zwischen 64/65-80, hier findet vor allem eine Neuorientierung im neuen Lebensabschnitt statt, und hier sind natürlich auch die Übernahme der Aufgaben der Enkelbetreuung, Freiwilligenarbeit, Hobbys frönen usw.
- Die dritte Phase ab 80 Jahren, in welcher die altersbedingten Beschwerden beginnen, Fragilität zunimmt.
- Und dann, wenn man die Lo-Na ab und zu liest, findet man immer wieder Menschen, welche über 90 oder 100 Jahre alt werden. Dies sind Menschen, welche ein steigendes Pflegebedürfnis haben. Es ist klar, dass dies Herausforderungen mit sich bringt, auch für Angehörige. Hier stellen sich die Fragen betr. der Pflege zuhause, dem Altersheim, betreutes Wohnen usw. Auf diese Angebote wurde im Bericht eingegangen.

Beim Generationenwandel gehen wir eigentlich immer davon aus, dass es eine Generation gibt, wie sie früher gelebt hat, wie unsere Grossväter. Doch nun kommt eine Generation, welche wir Babyboomer nennen, und dies ist eine Generation, welche andere Anforderungen stellt an das ganze gesellschaftliche Zusammenleben. Dies sind gut gebildete Leute, welche besser verdienen als unsere Grossväter, welche bei besserer Gesundheit sind, welche in den Lebens- und Wohnformen anspruchsvoller sind, welche weniger nach innen ins Private, sondern mehr ins Öffentliche ausgerichtet sind, welche gesünder, bewusster, aktiver und mobiler leben wollen. Dies ist, denke ich, eine der Herausforderungen, welche wir auch anpacken müssen in der Entwicklung des Altersleitbilds.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, auf weitere Punkte hinzuweisen, welche wir als wichtig erachten, wenn wir diese als Querschnittsaufgabe anschauen. Einerseits die Genderfrage, welche im Bericht gänzlich fehlt, und andererseits die Migrationsfrage, welche angetönt wird, wo wir aber finden, dass sie nicht richtig gut herauskristallisiert worden ist.

Ich gehe zuerst zum Alter und Geschlecht. Männer und Frauen müssen sich auch im Alter verschiedenen Herausforderungen stellen. Bei den Männern ist es so, dass man in der Forschung sagt, sie definieren sich oft stark über das Berufsleben. Netzwerke, Beziehungen, Freundschaften und soziale Kontakte sind sehr stark mit dem Berufsumfeld verbunden. Sobald sie pensioniert sind, fallen diese weg. Es findet eine Neuorientierung statt, und oft ist die Pensionierung eine Zäsur. Stirbt die Partnerin, sind die Männer einem höheren Vereinsamungsrisiko ausgesetzt, und im Haushalt sind sie oft unselbständiger.

Die Frauen leben zwar länger, aber die Ungleichheiten, welche sie im Leben gehabt haben, nehmen im Alter nicht ab. Wir haben die Nachteile, welche die Frauen im Erwerbsalter erfahren haben, wie niedrigere Löhne, tiefere Pensionskasse, tiefere AHV, unterbrochene Berufsbiografien wegen Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, Teilzeitarbeit. Diese zeigen die Wirkung im Alter vor allem in finanzieller Hinsicht. Ich denke, solche Unterschiede, solche Herausforderungen im Bereich Geschlecht müssen wir im Altersleitbild genauso berücksichtigen, wie alle anderen Punkte, welche erwähnt worden sind.

Zum Thema Alter und Migration: Eine Alterspolitik bezieht sich zwar auf alle Bewohner*innen und soll nicht abhängig gemacht werden von ihrer Herkunft. Wir haben es von unserem Präsidenten in der ersten Sitzung gehört, der Anteil der Migrant*innen in unserer Gemeinde beträgt 15%, deshalb sind wir froh, dass im Bericht die Migration als Aspekt angeschaut wird, welcher man in Bezug auf das Alter anschauen muss. Damit Angebote für diese spezifische Arbeitsgruppe wirkungsvoll sind, braucht es Massnahmen, welche den unterschiedlichen Realitäten Rechnung tragen. Das besondere an der ersten Einwanderungsgeneration ist, dass sie als Gastarbeiter*innen in den 50er, 60er und 70er Jahren nicht hätten integriert werden sollen in der Schweiz. Die schweizerische Wirtschaftsrekrutierungspolitik hat dies darauf abgezielt, dass diese Menschen zu uns arbeiten kommen, in ihre Herkunftsländer zurückkehren, dort ein Haus bauen und uns im Alter nicht zur Last fallen. Diese Menschen sind aber dageblieben, die Realität ist eine andere. Diese Generation Menschen, welche die Schweiz nicht integrieren wollte, hat nun Defizite. Im Bericht steht, es braucht Deutschkurse, doch sind wir realistisch, 75-80jährige wollen nicht mehr Deutsch lernen. Dann stellt sich die Frage, wollen wir diese Herausforderung anpacken, und wie wollen wir dies angehen.

Die Vorsitzende bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Wenn wir von den Migrant*innen sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass sie einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des Landes geleistet haben, oft unter schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen mit tiefen Löhnen, schweren körperlichen Arbeiten und sozialer Isolation. Wenn wir die ältere Migrationsbevölkerung auch richtig im Altersleitbild integrieren möchten, müssen wir sowohl ihre Lebensrealität, aber auch die Ressourcen zielführend und mit geeigneten Massnahmen nutzbar machen. Fazit: Der Bericht zeigt, wie spannend, dynamisch und herausfordernd die Alterspolitik ist, aber auch die Verantwortung, die wir als Gemeinde haben. Die älteren Bewohner*innen unserer Gemeinde sollen auch in verschiedenen Lebensphasen von qualitativ guten Leistungen profitieren können, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Wir sind der Meinung, dass die Fachstelle mehr Ressourcen braucht, weil die Aufgaben so vielfältig und wichtig sind. Eine vorausschauende, inklusive und ganzheitliche Alterspolitik kommt auch uns zugute. Denn, die Zukunft von – hoffentlich – uns allen, ist das Alter.

Karin Künti (SP): Im Namen der SP-Fraktion danke ich für die sehr gut nachvollziehbare Darstellung der Entwicklung der Fachstelle für Altersfragen, des Leistungsangebotes und der künftigen Herausforderungen. Und ich möchte Frau Pennella für ihre qualitativ gute Arbeit danken, die sie in den letzten Jahren für die Fachstelle geleistet hat.

Den Bericht nimmt die SP wohlwollend zur Kenntnis. Die Wichtigkeit der Arbeit der Fachstelle ist unbestritten, nicht zuletzt aufgrund des überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteils von über 65jährigen in unserer Gemeinde: Menschen, die unabhängig ihrer kulturellen und sozialen Zugehörigkeit wertvolle und verdiente Mitglieder unserer Ortsgemeinschaft sind.

In diesem Sinne begrüssen wir, dass die Bemühungen im Themenbereich "Migration und Alter" über die Ermutigung, "die Landessprache zu erlernen", hinausführen sollen und zur Bedarfsklärung und Vernetzung ein neues Gefäss, der "runde Tisch Alter & Migration" eingeführt wird.

Es ist weiter erfreulich, dass im Schlussteil des Berichts die Haushalte der sogenannten "Unter- und Mittelschicht" aus dem Ortsteil Gümligen explizit hervorgehoben werden – wobei sicher auch Haushalte aus dem Ortsteil Muri dazugehören. Doch ob Gümligen oder Muri: der Bedarf an preisgünstigem und altersgerechtem Wohnen wird zunehmen. Es ist wichtig, dass die örtliche Raum- und Siedlungsplanung diese Bedürfnisse im Blick behält, damit Menschen nicht unnötig lange in nicht altersgerechten Wohnungen ausharren oder aus finanziellen

Gründen gar in eine andere Gemeinde ziehen müssen.

Etwas erstaunt sind wir seitens der SP in zweierlei Hinsicht: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Fachstelle für Altersfragen der Leitung des Altersheims Alenia und nicht dem Sozialdienst der Gemeinde unterstellt ist (analog Kitas, Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen). Die Fachstelle für Altersfragen soll der gesamten älteren Bevölkerung der Gemeinde und nicht nur einem Segment dienen. Dass die Unterstellung der Fachstelle unter dem Alenia für Aussenstehende keinen Sinn ergibt, liegt auf der Hand und dürfte im Extremfall sogar Fragen nach deren Neutralität aufwerfen.

Auch wir bedauern, dass die Umfrage "Wie altersgerecht ist unsere Gemeinde" im Bericht nicht aufgeführt worden ist, und wir bedauern, wie auch schon die FDP, dass die Zielgruppe sich selber anmelden bzw. die Umfrage hinunterladen oder telefonisch anfordern musste. So finden wir diese Umfrage gar nicht repräsentativ. Zuletzt ein kleiner Hinweis bezüglich der im Bericht mehrfach erwähnten Freiwilligenarbeit. Ohne Freiwilligenarbeit würden auch in der Altersarbeit wichtige Ressourcen fehlen. Tragen wir Sorge dazu! – und stärken wir die schon bestehenden Netzwerke, wie beispielsweise den ortsansässigen Verein "Zyt ha für Anderi", welcher seit rund 20 Jahren erfolgreich Freiwillige vermittelt, gemäss Benevol-Standards begleitet und nach Möglichkeiten auch weiterbildet.

Weitere Wortmeldungen

Walter Thut (forum): Der Gemeinderat sagt es selbst: Es ist eindrücklich, was die Fachstelle für Altersfragen mit ihren Partnerorganisationen in den letzten Jahren auf die Beine gestellt hat. Dass in Zeiten von Corona die Angebote stärker nachgefragt wurden, zeigt die Richtigkeit des damaligen Entscheides. Über die Demografie brauchen wir keine Worte zu verlieren, diese Zahlen wurden bereits genannt, und wir sind uns einig, die älteren Menschen sind zahlreich und brauchen die Unterstützung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Als Präsident der Kirchgemeinde habe ich natürlich bei der dortigen Verantwortlichen für Angebote an Senior*innen nachgefragt. Sie lobt die Verantwortliche der Angebote seitens der Gemeinde in den höchsten Tönen. Und wir sehen es ja selbst im Bericht, wenn er auch etwas summarisch ist und sich in diesem Sinne einer Wertung entzieht. Frau Pennella leistet eine grosse Arbeit mit viel Fantasie und Empathie für ihr Zielpublikum. 33 Partnerorganisationen hat sie an ihrer Seite, kein Thema geht vergessen. Ich danke Frau Pennella für ihre Arbeit und der Gemeinde, dass sie die Strukturen dazu schafft. Ich denke nicht, dass es Zweifel gibt, dass wir hier richtige und wichtige Akzente setzen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Patrizia Pennella (Leiterin Fachstelle für Altersfragen): Herzlichen Dank, dass ich hier sein und teilnehmen darf. Es freut mich, dass Ihr den Bericht so wohlwollend entgegengenommen und studiert habt. Gerne würde ich noch einige Sachen dazu sagen. Dieser Bericht war ein Rückblick, welcher nicht gross aufzeigt, welche Aufgaben in Zukunft noch auf die Fachstelle zukommen werden. Rückblickend kann ich in diesem Sinne sagen, dass wirklich ganz viel passiert ist. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Fachstelle dem Alenia angegliedert wurde, weil man dannzumal entschieden hat, dass es Sinn macht rein vom Fachlichen und Organisatorischen her, dass man diesen Leistungsauftrag dem Alenia gibt. Gleichzeitig achtet die Fachstelle wirklich darauf, dass Anlässe mit allen Institutionen vor Ort stattfinden. Zum Beispiel mit dem Siloah, welches die "Bewegte Gemeinde" sogar finanziell unterstützt hat, dieses Bewegungsförderungsprogramm also mitträgt. Im Alenia haben wir in der Vergangenheit Demenzschulungen gemacht, dieses Jahr findet die Demenzschulung in der Buchegg statt. Gleichzeitig wird dieses Jahr in der Senevita ein Anlass stattfinden zum Thema "Alter, Bewegung und Ernährung". Es werden

also alle Institutionen berücksichtigt und auch ganz viele andere Partnerorganisationen, welche im Alter unterwegs sind. In der Zukunft haben wir ganz spannende Themen. Mit der Aktualisierung des Altersleitbildes erwähnen wir ganz viel, was gefragt wird. Ich kann Euch kurz die Handlungsfelder, welche bereits bestimmt wurden, aufzählen:

- Die Umsetzung der Alterspolitik
- Die sorgende Gemeinschaft. Damit ist ein grosses Ziel verbunden, dass wir wirklich die Partizipation und die sozialen Netzwerke der Gemeinde stärken und verändern wollen, das Intergenerative fördern wollen und ganz vieles mehr und natürlich die Angehörigen in diesem Sinne unterstützen, welche in der Zukunft zwei-, dreifach belastet sein werden im Rahmen der Umsetzung der Versorgung ihrer Angehörigen.
- Öffentlicher Verkehr und Raum-, Sozialraumgestaltung und Mobilität
- Wohnen. Damit wird natürlich auch der Punkt berücksichtigt bezüglich altersgerechten Wohnmöglichkeiten, preisgünstigem Wohnraum. Es wird auch angeschaut, wie allenfalls Generationenwohnen und neue Wohnformen unterstützt und gefördert werden können.
- Und ein wichtiges Thema, welches wir nun im Rahmen von Corona festgestellt haben, dass wir hier – und da sind wir nicht alleine unterwegs – in der Gemeinde mit der Digitalisierung noch hinterherhängen. Dies ist ein grosses Thema, welches nun auch in einem Handlungsfeld in diesem Sinne angegangen wird. Dies ist alles, was ich noch ergänzen wollte. Ich danke Euch herzlich für Eure Aufmerksamkeit.

Das Schlusswort wird weder von Raphael Racine (GPK) noch von Martin Häusermann (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Ihr habt den Bericht der Fachstelle für Altersfragen zur Kenntnis genommen.

6. Motion Racine (SP): Aufstockung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Regionalkommission

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Ihr habt der Botschaft des Gemeinderats entnehmen können, dass der Gemeinderat die Anliegen des Motionärs erkannt hat und aufgreifen will. Doch der Gemeinderat kann nur "Diener an der Sache sein", denn zuständig ist, was die GPK anbelangt, das Stimmvolk, und dies auf Antrag des Parlaments. Und was die Regionalkommission anbelangt, ist das Parlament selber zuständig. Dies hat uns bewogen, die Anliegen von Raphael und den Mitunterzeichnenden entgegenzunehmen, aber in Form eines Postulats.

Als Motionär spricht Raphael Racine (SP): Ich bin mit der Überweisung als Postulat einverstanden. Wir können mein Anliegen zur Aufstockung der GPK und der Regionalkommission gerne im Rahmen der anstehenden Teil- oder Totalrevision der Gemeindeordnung prüfen. Bedenken habe ich aber, was den Zeithorizont betrifft. Obwohl eine Total- oder Teilrevision der Gemeindeordnung zwingend ist, konnte sie in den letzten Jahren aufgrund hoher Arbeitsbelastung nicht durchgeführt werden. Es ist zu hoffen, dass die Arbeitsbelastung nun weniger hoch ist oder halt Ressourcen aufgestockt werden.

Denn es geht mir hier um ein wichtiges Anliegen, und ich möchte nicht 8 Jahre warten, bis dieses Anliegen umgesetzt wird. Mit den Grünen, die mittlerweile im GGR 5 Sitze und im GR einen Sitz haben, wird eine wichtige Partei, die Fraktionsstärke vorweist, bei zwei Kommissionen einfach aussen vor gelassen. Zur Erinnerung: Die SP und SVP haben nur einen Sitz mehr im Parlament nämlich 6 Sitze und haben deswegen gleich Anspruch in zwei wichtigen Kommissionen, die

Grünen haben dies nicht. Ich finde diesen Umstand demokratiepolitisch problematisch, wenn nicht gar stossend.

Mit einer Aufstockung, ev. auf 7 Kommissionsmitglieder, kann die Parteienlandschaft des Parlaments sicher repräsentativer und fairer in diesen zwei Kommissionen abgebildet werden als heute.

Ich denke auch nicht, dass mit einer Aufstockung auf 7 Mitglieder die zwei Kommissionen dann aufgebläht werden. Fast alle anderen Kommissionen in der Gemeinde haben auch 7 Mitglieder und sind arbeitsfähig. Ein Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden zeigt, dass z.B. eine GPK mit 7 Personen etwas Landläufiges ist. So haben nach meinen Recherchen etwa Zollikofen, Nidau und Köniz auch 7 Mitglieder in der GPK, Ostermundigen hat meines Erachtens sogar 9 Mitglieder.

Liebe Anwesende, ich gehe hier den politischen Weg. Man hätte auch den rechtlichen Weg gehen können, dies möchte ich noch betonen. Die Grüne Partei hätte sich im Sinne des kantonalen Gemeindegesetzes (GG) als Minderheit konstituieren können, und dann hätte ihnen von Gesetzes wegen in jeder Kommission ein Sitz zugestanden.

Ich hoffe deshalb, dass zumindest die Umwandlung in ein Postulat von Euch unterstützt wird. Besten Dank.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Emanuel Zloczower (FDP): Ich werde es in diesem Fall relativ kurz machen und hier nicht filibustern. Die Fraktion FDP. Die Liberalen werden dem Antrag des Gemeinderats auf Überweisung in ein Postulat zustimmen. Wir stimmen nicht aus diesem Grund zu, weil wir der Meinung sind, wie dies Kollege Racine gesagt hat, dass sich die Mehrheitsverhältnisse nachhaltig und entscheidend verändert haben, sondern wir sind der Meinung, dass eine Partei, welche Fraktionsstärke hat in diesen nicht prioritären politischen Gremien GPK und Regionalkommission auch vertreten sein soll. Da sind wir also völlig gleicher Meinung, da müssen wir nicht einmal eine Drohung von rechtlichen Massnahmen machen. Wir hoffen auch, dass dies in den nächsten 4 Jahren über die Bühne gehen kann. Im Übrigen teile ich die Meinung, dass eine Grösse von etwa 7 Mitgliedern in Ordnung wäre. Wir befürchten ein wenig, wenn eine GPK mehr als 7 Mitglieder hat, 9 oder noch mehr, dass dies dann ein wenig zu einem "Redekränzli" wird und nicht mehr politisch, sachbezogen diskutiert werden kann. Wir würden auch befürworten, dass in Zukunft ein Schlüssel Eingang findet in die Reglementarien, welcher dann auch so glasklar wie möglich festhält, welche Partei bei welchem Ergebnis auf wie viele Sitze Anrecht hat in den Kommissionen. Besten Dank.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke (GR) noch von Raphael Racine (SP) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat Racine (SP): Aufstockung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Regionalkommission wird überwiesen.

7. Interpellation Schmid (SP): Fürsorgepflicht der Gemeinde Muri b. Bern als Arbeitgeberin in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Eva Schmid (SP): Ich bedanke mich für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Ich gehe davon aus, dass sich auf Seite 1 ein Copy-/Paste-Fehler eingeschlichen hat: Denn ich habe keinen Antrag gestellt.

Es freut mich, dass in Bezug auf die Fürsorgepflicht, zur Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, ein Effort geleistet wird und Handlungsbedarf aufgenommen wird, so beispielsweise in Bezug auf den im Herbst 2019 eingerichteten Still- und Ruheraum.

Besonders erfreulich ist die Risikoanalyse bzw. das Evaluationskonzept in Bezug auf die Optimierung des Bedrohungs- und Brandmanagements. Querulatorisches Verhalten scheint ja zu- und nicht abzunehmen.

Einen einzigen kritischen Hinweis möchte ich in Bezug auf den Auslagenersatz für Homeoffice anbringen: Dies sehen wir von der SP etwas kritischer, ich möchte aber hier auch nicht gross darauf eingehen. Es ist etwas, worüber wir sicher bei der Personalreglementrevision noch miteinander sprechen können. Danke.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

8. Postulat Beck (EVP), Racine (SP), Messerli (forum), Brenni (Grüne): Ja zu attraktiveren Spielplätzen in Muri-Gümligen!; Zwischenbericht

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Die erste Sitzung der ad hoc-Kommission findet am 04. Mai 2021, also genau heute in einer Woche, statt. Dies möchte ich Euch als Information mit auf den Weg geben.

Die Erstunterzeichnende Hanna Beck (EVP) sowie die Mitunterzeichnenden verzichten auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): Die FDP steht für eine familienfreundliche Politik, dazu gehören auch gute Spielplätze. Unsere Gemeinde hat hier sicherlich Nachholbedarf. Wir sind froh, dass durch das Postulat die Diskussion um die Spielplätze aufgekommen ist, und das Spielplatzkonzept aus dem Jahr 2017 in die Gänge kommt. Leider hat sich gezeigt, dass dieses Spielplatzkonzept nicht die Wünsche der Einwohner und Nutzer aufnimmt. Wir finden es deshalb gut, dass eine ad hoc-Kommission für Spiel-

plätze gegründet wird, welche mithelfen soll, dieses Konzept anzupassen. Wir erwarten, dass bald Bewegung aufkommt, und die ersten Spielplätze, wie vom Gemeinderat angekündigt, im Bärtschihus, am Meisenweg (inkl. Ersatz der Rutschbahn) und im Tannental aufgewertet werden. Ebenfalls der Spielplatz aus Geschäft Nr. 3 beim Schulhaus Dorf soll realisiert werden. Wir hoffen, dass in der laufenden Legislaturperiode möglichst viele Spielplätze aufgewertet werden können und freuen uns auf attraktive Spielplätze und beliebte Begegnungsorte in unserer Gemeinde. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Carole Klopstein (GR) noch von Hanna Beck (EVP) oder den Mitunterzeichnenden verlangt. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.

9. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Thomas Hanke: Ein kurzer Hinweis: Wir sehen für Dienstag, 17. August 2021, 18.00 Uhr, einen Schulungsanlass betr. "Parlamentarische Instrumente: Chancen / Risiken / Hürden und Tücken" für GGR-Mitglieder vor. Wir machen diesen Schulungsanlass anschliessend auch noch für die Verwaltung. Wir werden uns noch mit externen Fachleuten alimentieren, damit wir hier noch auf beiden Seiten Optimierungen vornehmen können. Danke.

10. Neue parlamentarische Vorstösse

Dringliche Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen!

Antrag:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» anzuschliessen, die Bereitschaft zur Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus der Ägäis zu erklären, und den Bundesrat gemeinsam mit der Allianz und den 132 Organisationen von #evakuierenJETZT zum Handeln zu bewegen.

Begründung:

33 Städte und Gemeinden sowie zahlreiche Kirchgemeinden der Schweiz haben nach dem Osterapell 2020 auch dieses Jahr erneut ihre Bereitschaft erklärt, Geflüchtete aus den Lagern der Ägäis aufzunehmen. Darunter sind grosse Städte wie Zürich, Bern, Lausanne aber auch Gemeinden wie Wohlen (BE), Spiez oder Ste-Croix (vollständige Liste auf <https://seebruecke.ch/mach-mit/sichere-haefen/>). Muri-Gümligen soll sich dieser Allianz anschliessen und mit den anderen Städten und Gemeinden den Druck auf den Bund erhöhen, damit der Bundesrat die humanitäre Tradition der Schweiz nicht zur Worthülse verkommen lässt und endlich Hand bietet für eine gemeinsame, pragmatische Lösung. Nach dem Brand im Lager Moria vom 9. September 2020 hat sich die Schweiz unter Druck einzig bereit erklärt, 97 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen und ihr Asylgesuch in der Schweiz regulär zu prüfen. Das reicht angesichts der Notlage in den Lagern der Ägäis aber bei Weitem nicht aus.

Denn dort ereignet sich vor unseren Augen eine Katastrophe: Zehntausende Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet, ohne dass sie Schutz erhalten würden. Die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet und das Recht auf ein Asylgesuch wurde zeitweise ausgesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im Camp Moria auf Lesbos. Auf mehr als tausend Personen kommt ein Wasserhahn. Für die Verteilung von Essen müssen sie stundenlang anstehen, oft ist es ungeniessbar. Die Geflüchteten, darunter viele Frauen und Kinder, leben in kleinen Zelten und selbstgebauten Hütten, Corona-Schutzmassnahmen können nicht umgesetzt werden.

Die Schweiz hat das Abkommen von Dublin mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur in dem europäischen Land ein Asylgesuch stellen, in dem sie zuerst ankommen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch immer von sich aus auf Asylgesuche eintreten. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen. Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Die Schweiz verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um Geflüchtete aufzunehmen und sie hier zu betreuen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die finanzielle Unterstützung vor Ort die Situation für die Geflüchteten nur wenig verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung. Andere europäische Länder bieten angesichts der humanitären Krise bereits Hand – während die Schweiz sich verschliesst, obwohl sie als Dublin-Staat klar in der Verantwortung steht. Mit der Bereitschaft Geflüchtete aus der Ägäis direkt aufzunehmen, zeigen Städte und Gemeinden gegenüber dem Bund ihre Unterstützung und können ihn so auffordern, endlich zu Handeln.

Begründung der Dringlichkeit:

Das offensichtliche und masslose Leid der Betroffenen ist bekannt. Jede Stunde, jeder Tag, den die Betroffenen in den griechischen Lagern leben müssen, ist menschen-unwürdig und verletzt die Menschenrechte. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Weltgemeinschaft trägt Verantwortung und jedes Gemeinwesen soll nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leisten – auch Muri-Gümligen.

Muri-Gümligen, 27. April 2021

*Franziska Grossenbacher,
Karin Künti*

*K. Lanz, H. Gashi, H. Meichtry, J. Brunner, R. Racine, E. Schmid,
A. Zaccaria, B. Gantner, M. Koelbing, H. Beck, K. Stein (13)*

Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschafts-Schutz

Antrag:

Am kommenden 29. April 2021 wird von der Kantonspolizei erstmalig auf öffentlichem Grund der Gemeinde eine ballistische Kabine zum individuellen Schutz der Liegenschaft eines ausländischen Botschafters installiert.

Der Gemeinderat wird ersucht, die vorgabenkonforme Nutzung der ballistischen Kabine zu überwachen und eine langfristige Positionierung für die Erstellung von individuellen Sicherheits-Installationen auf öffentlichem Grund der Gemeinde zu erarbeiten.

Die Liegenschaft Mannenriedstrasse 9 gehört dem Staat Israel und dient dem

israelischen Botschafter als Wohnsitz. Die israelische Botschaft selbst befindet sich auf Gebiet der Stadt Bern. Der Staat Israel macht geltend, dass die Schweiz die Sicherheit seines Botschafters auch am Wohnsitz in Muri gewährleisten muss.

Der Regierungsrat und der Botschaftsschutz unter Führung der Kantonspolizei sind zum Schluss gekommen, dass die Gefahr für den israelischen Botschafter auch am Wohnsitz so gross ist (Zitat: «es droht unmittelbare Gefahr»), dass der Schutz von regelmässigen Patrouillenfahrten nicht ausreicht und durch eine permanente Bewachung vor Ort sichergestellt werden muss.

Zum Schutz des Bewachungspersonals vor Ort erstellt die Kantonspolizei am kommenden 29.4.2021 eine ballistische Kabine auf der Mannenriedstrasse. Die ballistische Kabine wird also nicht unmittelbar auf der Parzelle der Liegenschaft Mannenriedstrasse 9, sondern rund 20m davon entfernt auf dem öffentlichen Boden der Gemeinde erstellt.

Die Erstellung der Kabine hat das ordentliche Bewilligungsverfahren durchlaufen. Gegen die erste Baupublikation vom 12.10.2018 wurde umgehend Beschwerde wegen offensichtlicher Fehlinformation eingereicht («Ersatz der bestehenden Kabine» statt «erstmalige Installation einer Kabine»). Gegen die zweite, nun korrekte Ausschreibung wurde ebenfalls Beschwerde eingereicht. Anschliessend wurde der Gesamtbauentscheid des Regierungsrates angefochten. Der abschliessende Entscheid der Kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion BVD erfolgte am 29.4.2020; auch auf Basis einer Stellungnahme des GR Muri-Gümligen, welcher einem befristeten Probe-Betrieb zustimmte.

Im Entscheid der BVD wird festgehalten: «Es ist ohne weiteres nachvollziehbar, dass die Beschwerdeführenden eine solche permanente polizeiliche Überwachung als einen gravierenden Eingriff in ihre Privatsphäre empfinden. ... Es ist deshalb verständlich, dass die Sicherheitsmassnahmen im Quartier Unbehagen erzeugen und als Belästigung empfunden werden».

Zur Behauptung der Polizei, die Kabine sei eine geschützte Rückzugsmöglichkeit bei ausserordentlichen Ereignissen und anderweitige Arbeiten würden darin keine verrichtet, hält die BVD fest: «Mit diesen Angaben, auf die er zu behaften ist, umschreibt der Beschwerdegegner (d.h. die Kantonspolizei) die zu bewilligende Nutzung näher».

Das BVD hat also aufgrund der Informationen der Kantonspolizei zur Verwendung der Kabine festgelegt, dass die Kabine von den Personen, welche die permanente Bewachung ausführen werden, im Alltag gar nicht betreten und benutzt werden darf.

Basierend auf der Stellungnahme des GR Muri-Gümligen erteilt das BVD zudem nur eine provisorische und auf drei Jahre befristete Bewilligung.

Der Gemeinderat soll vor diesem Hintergrund folgende **operativen Massnahmen** prüfen

1. Periodische Kontrolle der vorgabenkonformen Nutzung der Kabine durch ein Organ der Gemeinde.
2. Information der Anwohner über die vorgabenkonforme Nutzung der Kabine und Aufforderung an die Anwohner, dem zuständigen Organ der Gemeinde ihre Beobachtungen mitzuteilen.

3. *Auswertung der Kontrollen und Informationen in einer Form, dass für den GR und für die politischen Parteien ersichtlich ist, wie die Kabine in der Praxis tatsächlich genutzt wird.*

*Der Gemeinderat soll vor diesem Hintergrund folgende **strategischen Massnahmen** prüfen*

1. *Entwicklung eines Konzepts, wie die Gemeinde den provisorischen Zustand im Jahr 2023 abschliessen will und sich gegenüber allen Instanzen und Anspruchsgruppen positionieren will – auch wenn übergeordnetes Recht und übergeordnete Instanzen im Spiel sind.*
2. *Bestandesaufnahme aller möglichen anderen Standorte in der Gemeinde, an welchen weitere ballistische Kabinen oder andere Sicherheits-Elemente auf öffentlichem Grund installiert werden könnten und mit welchen Implikationen die Bürger*Innen an den jeweiligen Standorten konfrontiert wären.*
3. *Abklärung, wie Polizei und Botschaftsschutz dazu angehalten werden können, individuelle Sicherheits-Elemente auf dem privaten Grund von Botschaften oder von Botschaftspersonal zu installieren.*
4. *Abklärung, wie die Gemeinde Muri-Gümligen die Nutzung von Liegenschaften durch Botschaften oder durch Botschaftspersonal regulieren kann, welche nach Einschätzung von Polizei und Botschaftsschutz potenziell einer «unmittelbaren Gefahr» unterliegen.*

Für die strategischen Massnahmen sollen auch Gemeinden und Kantone herangezogen werden, welche mit solchen Fragestellungen bereits konfrontiert wurden (z.B. Stadt Bern / ballistische Kabine für den Schutz des kuwaitischen Botschafters).

Muri bei Bern, 27. April 2021

Bernhard Häuselmann

G. Grossen, U. Grütter, K. Stein, B. Gantner, H. Beck, M. Koelbing, K. Künti, A. Zaccaria, W. Thut, J. Brunner, K. Jordi, Ch. Spycher, R. Mäder, Ch. Siegenrock, M. Reimers, B. Schmitter (17)

Interpellation Racine (SP) und Grütter (SVP): Fragwürdige Kampagne der Gemeindebetriebe Muri (gbm)

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- *Was hält der Gemeinderat davon, dass Mitglieder des Grossen Gemeinderats (GGR), welche eine Kontrollfunktion über die gbm wahrnehmen sollten, sich als Werbeikonen bei der gbm einspannen lassen?*
- *Wie stellt der Gemeinderat die politische Neutralität der gbm und ihrer Werbekampagnen sicher?*
- *Bis zu welchem Betrag (Geld, Sachleistungen) ist es nach Ansicht des Gemeinderats für Politikerinnen und Politiker des Parlaments und der Exekutive von Muri b. Bern unbedenklich, von der gbm Geschenke anzunehmen?*

Begründung:

Mit übergrossen Plakaten und einer Online-Kampagne werben die Gemeindebetriebe von Muri (gbm) zurzeit mit wohlbekanntem Gesichtern des

Grossen Gemeinderats (GGR) für ihre Produkte. Wir haben bei dieser Werbekampagne den Eindruck, dass weder die gbm noch die Politikerinnen und Politiker, die sich dafür einspannen liessen, ihre Aufgabenrolle genau verstanden haben. Von der gbm als öffentlich-rechtlicher Anstalt der Einwohnergemeinde Muri b. Bern erwarten wir politische Neutralität und finden es fragwürdig, dass ausgewählten Persönlichkeiten des GGR eine derart grosse Werbefläche gratis zur Verfügung gestellt wird. Von den besagten Politikerinnen und Politikern hätten wir erwartet, dass sie sich nicht als Werbeikonen instrumentalisieren lassen, sondern ihrer Kontrollfunktion bewusst sind, und vom Gemeinderat als zuständiges Aufsichtsorgan, dass er mit wachem und kritischem Geist seine Aufsichtsfunktion über die gbm wahrnimmt.

Vor rund zwei Jahren kam es in dieser Hinsicht zum ersten Mal zu Irritationen, als die Mitglieder des GGR und des GR zum sog. «gbm-Anlass», einem Networking-Anlass mit Abendessen und Zaubershow, eingeladen wurden. Als Folge davon wurde von der SVP-Fraktion die Motion „Gemeindebetriebe Muri: Schluss mit Werbung auf Kosten der Gebührenzahler!“ eingereicht.

Zuständiges Aufsichtsorgan über die gbm ist der Gemeinderat. Der GGR übt jedoch über die Geschäftsprüfungskommission, die mit einer jährlichen Verwaltungskontrolle die Aufgabenerfüllung prüft, eine wichtige Kontrollfunktion über die Verwaltung und auch die gbm aus.

Muri bei Bern, 27. April 2021

Raphaël Racine
Urs Grütter

E. Schmid, J. Brunner, S. Fankhauser, A. Zaccaria, K. Lanz,
H. Meichtry, H. Beck, Ch. Spycher, R. Mäder, A. von Gunten,
Ch. Siegenrock, M. Reimers, R. Weibel, R. Lauper (16)

Interpellation Fraktion forum: Sicherstellung der Ordnung und Hygiene an der Aare

Der Gemeinderat wird um Auskunft gebeten, wie er insbesondere im Sommerhalbjahr die Ordnung und Hygiene auf Gemeindegebiet entlang der Aare aufrechterhalten will.

Begründung:

Sobald es wieder wärmer wird und erst recht jetzt, wo die Covid-19-Pandemie die Mobilität einschränkt, suchen mehr Menschen zu Erholung oder Vergnügen das Aareufer in den attraktiven Abschnitten südlich der Stadt Bern auf. Das betrifft insbesondere auch den Flussabschnitt auf Gemeindegebiet von Muri b. Bern. Die Folge davon sind trotz bereitgestellter Infrastruktur und aufwändiger Entsorgung von Abfällen immer wieder verschmutzte Uferabschnitte und beschädigte Natur. Zusätzliche Massnahmen zum Courant normal scheinen notwendig.

Muri bei Bern, 27. April 2021

Walter Thut

P. Rösli, M. Koelbing, H. Beck, B. Häuselmann, B. Gantner, G. Grossen,
K. Künti, S. Fankhauser, A. Zaccaria, J. Brunner, R. Racine, E. Schmid,
K. Jordi, D. Arn, E. Zloczower, B. Legler, S. Eugster, R. Buff, M. Reimers,
L. Bircher, B. Schmitter, P. Messerli, D. Bärtschi (24)

Die Vorsitzende: Nun kommen wir zur Behandlung der dringlichen Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen. Diese dringliche Motion muss gem. Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung GGR zwingend heute behandelt werden. Ihr habt diese mit E-Mail vom 26. April 2021 bereits zugestellt erhalten. Ich bitte Franziska Grossenbacher um eine kurze Begründung der Dringlichkeit dieser Motion.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Die Corona-Krise ist so präsent in den Medien, dass eine andere Krise, welche sich auch derzeit in Europa abspielt in den Hintergrund rückt und in Vergessenheit gerät. Es ist die Flüchtlingskrise in den Lagern in Griechenland. Es ist eine humanitäre Katastrophe, was sich dort im Moment abspielt, und wir sind der Meinung, die SP und die Grünen, dass alle, welche können, Verantwortung übernehmen müssen. Wir können als Gemeinde nicht einfach direkt besonders gefährdete Personen aufnehmen, dies braucht einen Beschluss des Bundesrats. Doch was wir können, ist, uns diesem kräftigen Netzwerk anzuschliessen, welches über 130 Organisationen umfasst und zahlreiche Gemeinden und Städte angeschlossen sind, welche ein starkes Zeichen setzen, dass wir in der Schweiz nun auch handeln und Verantwortung übernehmen müssen. Da sich diese Krise abspielt, finden wir, es zählt jeder Tag, deshalb beantragen wir auch die Dringlichkeit, dass wir diesem Netzwerk beitreten, dies grösser werden lassen, und so ein starkes Zeichen setzen gegenüber unserem Bundesrat.

Thomas Hanke hat das Wort für die Stellungnahme des Gemeinderats zur Frage der Dringlichkeit.

Thomas Hanke (GR): Der Gemeinderat hat gestern die Möglichkeit gehabt, die Frage der Dringlichkeit zu diskutieren.

Dazu hat er sich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

- Das positionierte Anliegen gemäss Motion ist über ein Jahr alt.
- Es ist im Nationalrat adressiert; eine entsprechende Motion ist im Juli 2020 überwiesen worden. Heute ist zudem kommuniziert worden, dass Basel-Stadt eine Standesinitiative einreicht.
- So gesehen, ist die Forderung gehörig auf der To-do-Liste in Bundesbern, wo sie aus Sicht des Gemeinderats prioritär hingehört, deponiert.

Ein allfälliger Allianzbeitritt unserer Gemeinde ist daher nicht dringend zu beschliessen, sondern auf dem ordentlichen Weg der Behandlung parlamentarischer Vorstösse zu entscheiden.

Emanuel Zloczower (FDP): Bisher ist es üblich gewesen, dass man uns Vorstösse so schnell wie möglich und so früh wie möglich zustellt, damit das Milizparlament auch Zeit hat, sich zu beraten. Diese Zeit hatten wir nicht zur Verfügung, deshalb bitte ich um ein Time Out von 5-10 Minuten, damit wir uns in der Fraktion beraten können über die Dringlichkeit.

10-minütiges Time Out

Diskussion zur Frage der Dringlichkeit

Emanuel Zloczower (FDP): Nach interner Besprechung kommen wir zum Schluss, dass die Fraktion FDP. Die Liberalen die Dringlichkeit nicht unterstützen wird. Wir sind einerseits der Meinung, dass die Dringlichkeiten in letzter Zeit ein wenig inflationär gebraucht worden sind. Dies ist nun möglicherweise etwas seltsam von jemandem, welcher in der letzten Sitzung einen Vorstoss mitinitiiert hat, doch dort ging es unserer Meinung nach um eine Pandemie, welche akut ist, wo man jetzt handeln muss, damit man etwas machen kann. Die Flüchtlingsthematik ist tragisch, die Auswirkungen für die Flüchtlinge sind dramatisch, das Flüchtlingsselend ist

schockierend. Doch wir sind auch der Meinung, dass wir hier, indem wir nun, verzeiht mir den Ausdruck, ein Polittheater machen würden und einer Organisation beitreten, gar nichts helfen würden. Deshalb sind wir der Meinung, es ist nicht dringlich, man kann dies auf dem normalen Motionsweg behandeln und danach eine gute, ordentliche und möglichst nachhaltige Lösung finden, bei welcher wir, da bin ich überzeugt, sicher auch Hand bieten werden. Wie schon gesagt, hier geht es um die Dringlichkeit, welche wir nicht unterstützen werden.

Beschluss zur Dringlichkeit (10 Ja / 28 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen wird als nicht dringlich erklärt.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Ich komme zum Schluss der Sitzung. Ich glaube, es war eine spannende Sitzung heute, welche vor allem der Jugend und dem Alter gewidmet war. Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer oder Sarah Schlumpf zu senden. Ich wünsche Euch einen schönen Abend und freue mich auf die nächste Sitzung. Diese findet am 18. Mai statt, wiederum in dieser Turnhalle. Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Patricia Messerli

Sarah Schlumpf